Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 18,300.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 278. **Freitag** den 5. October 1883. **77. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Die am 17. August dss. Js. verstorbene unverehel. Amalie Bertha Otto hat der hiesigen Blindenanstalt letztwillig die Summe von Eintausend Mark ausgesetzt.

Nachdem dieses für die hiesige Biener'sche Blindenstiftung von **uns angenommene** Vermächtniß von der Universalerbin ausgezahlt worden ist, bringen wir dasselbe zur öffentlichen Kenntniß und rufen der wohlthätigen Geberin unseren herzlichsten Dank nach.

Leipzig, den 28. September 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Im Laufe der letztvergangenen drei Monate sind die nachverzeichneten Gegenstände bei dem unterzeichneten Amte als gefunden bez. als herrenlos abgegeben resp. angemeldet worden:

Ein Velzschmuck, ein Kistchen Cigarren, eine Straußenfeder, ein goldener Klemmer, drei goldene Ringe, zwei ebenloische Medaillons, zwei Handschuhe, zwei Havelocks, eine Pferdedecke, drei leinene Tischdecken, ein Opernglas, ein goldenes Kreuzchen, eine Reisedecke, ein Reisenecessaire, zwei Thaler, zwölf Gabeln, eine Doppelkrone, drei neue Shawltücher, zwei Dutzend Paar Filzschuhe, ein Schubkarren, ein Canarienvogel, mehrere Portemonnaies bez. Geldtäschchen mit Geldinhalt und einige Schirme.

Die unbekannten Eigenthümer der vorgedachten Gegenstände werden hierdurch aufgefordert, sich zur Empfangnahme derselben in unserem Commissariat zu melden, andernfalls in Gemäßheit von §. 239 des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Fundsachen verfügt werden wird.

Leipzig, am 3. October 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Graf.

Bekanntmachung.

Die Zimmer-, Klempner- und Dachdeckerarbeiten sowie die Blitzableitungsanlage am Neubau der Petrikirche zu Leipzig sollen im Wege der **öffentlichen Submission** vergeben werden.

Zeichnungen und Bedingungen können im **Baubureau Schletterplatz eingesehen** resp. von dort **bezogen** werden.

Offerten sind **versiegelt** bis zum

Sonnabend, den 20. October d. J., Mittags 12 Uhr

in der Expedition der **Petrikirche** am Peterskirchhof einzureichen.

Leipzig, d. 1. October 1883.

Der Kirchenvorstand.
Consistorialrath Prof. Dr. Fricke.

Steckbrief.

Gegen die unverehelichte Anna Emilie Fehrmann aus Dresden, geboren daselbst am 24. September 1846, welche flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Unterschlagung, Diebstahls und Betruges verhängt.

Es wird ersucht, dieselbe zu verhaften, in das nächste Gerichts-Gefängniß abzuliefern und zu den hiesigen Acten J. 2026/83 Nachricht zu geben.

Magdeburg, den 1. October 1883.

Der Erste Staatsanwalt.

Nichtamtlicher Theil.

Die Krisis in Frankreich.

Durch die Pariser Ereignisse vom 29. und 30. September ist der Bestand alles Dessen, was die französische Republik im Lande selbst wie nach außen repräsentirt, in Frage gestellt. Die Stellung des Ministeriums ist nicht minder erschüttert wie die des Präsidenten der Republik, und die Ersatzmänner stehen schon bereit, um die erledigten Posten zu besetzen. Das Beschämendste für das Oberhaupt eines Großstaates ist das Geständniß Grevy's, daß die französischen Gesetze ihm nicht die Macht verliehen, einen König, welcher die Gastfreundschaft Frankreichs in Anspruch nimmt, vor Beschimpfungen zu schützen; denn damit ist zugestanden, daß in Frankreich anarchische Zustände herrschen. Diese Empfindung hat sich auch bereits eines großen Theils der französischen Presse bemächtigt und deshalb wird schon öffentlich von dem Ersatz Grevy's durch eine energischere Person gesprochen, durch den Kammerpräsidenten Brisson, den bekannten Chauvinisten, welcher seinen Rachegelüsten gegen Deutschland bei Gelegenheit der Bestattung Gambetta's so lauten Ausdruck gab. Brisson hat schon seit längerer Zeit die nächste Anwartschaft auf den Präsidentenstuhl der französischen Republik, und er ist der Mann dazu, um fest und sicher auf dieses Ziel loszusteuern und keine Gelegenheit zu verabsäumen, welche ihm zur Erlangung desselben dienen kann. Günstiger war der Augenblick noch nicht für diesen Zweck als der gegenwärtige, denn die Stimmen, welche Grevy für die schmachvolle Entwürdigung Frankreichs in den letzten Septembertagen verantwortlich machen, wachsen täglich und stündlich an Zahl und Einfluß, und die Feinde Grevy's haben den Hebel zu seinem Sturz an der richtigen Stelle angesetzt. Das Verhältniß, in welchem sein Schwiegersohn Wilson zu ihm und zum Ministerium steht, diese Art von geheimer Nebenregierung, welche er betreibt, bieten zahlreiche Angriffspuncte, welche von den Gegnern eifrig benutzt werden. Außerdem ist der Zwiespalt, welcher zwischen Grevy und dem Ministerium Ferry besteht, durch die Ränke Wilson's zur öffentlichen Kenntniß gelangt, und das zu einer Zeit, in welcher Ferry entschieden dem Präsidenten gegenüber im Vortheil ist, denn nur seiner Dazwischenkunft ist es zuzuschreiben, daß dem König Alfons wenigstens die allernothwendigste Genugthuung gegeben worden ist. Die Lobeserhebungen, mit welchen die dem Präsidenten ergebene Presse den entgegenkommenden Schritt desselben vom 30. September begleitet hat, entbehren nicht des Stachels, denn sie bestätigen nur, daß die Beleidigung des Königs stattgefunden hat, welche bei einiger Vorsicht und Klugheit vermieden worden wäre. Es wäre ein großer Irrthum, wenn man glauben wollte, daß die Sache jetzt abgethan sei, im Gegentheil, die Folgen des Geschehenen werden erst zu Tage treten, wenn die Kammern versammelt sind. Die Abgeordneten der Rechten werden die Gunst der Umstände zu ihrem Vortheil ausbeuten und das Ministerium über die Vorgänge während der Anwesenheit des Königs von Spanien interpelliren. Das ist der geeignete Moment, um alles Das zur Sprache zu bringen, was jetzt noch in Form von Klatsch und von Gerüchten in den Zeitungen circulirt. Die ministerielle Presse, an der Spitze „Paris", läßt durchblicken, daß zwischen Grevy und Ferry ernste Auseinandersetzungen wegen des Herrn Wilson stattgefunden haben, und es ist kaum zu umgehen, daß diese Dinge auch in der Kammer erörtert werden. Es ballt sich da in aller Stille ein Gewölk zusammen, das sich nicht sowohl gegen das Ministerium als gegen die republikanische Staatsform entladen wird. Die Royalisten sind in der Lage, das Sündenregister der Republikaner in einer Vollständigkeit zu entrollen, welche auf das Land schwerlich ohne Eindruck bleiben wird. Der Sturz des Ministeriums Ferry, der wohl nicht zu vermeiden ist, erscheint jetzt nur noch als unbedeutende Nebensache, das Maß dieses Cabinets ist gestrichen voll, schon allein die Tonkin-Angelegenheit mit dem aus ihr sich ergebenden Zerwürfniß mit China reicht hin, den Rücktritt herbeizuführen, ganz abgesehen von der Eigenmächtigkeit, mit welcher das Ministerium über Geld und Soldaten der Republik verfügt hat. Daß die Dinge auf Madagaskar schlecht stehen, kann auch nicht dazu dienen, die Lage des Ministeriums zu verbessern. Die Radicalen unter Führung Barodet's werden sich mit den Royalisten verbinden, um einer Sippschaft den Laufpaß zu geben, welche die Verwirrung in Frankreich, statt sie zu beseitigen, auf den Höhepunct gebracht hat.

Nach Erledigung dieser Nebensache wird sich aber der Kampf gegen den Präsidenten der Republik richten. Vorläufig ist die Präsidentenfrage noch eine häusliche Angelegenheit der Republikaner, bei welcher sich die Anhänger Grevy's mit denen Brisson's messen werden, aber schnell und plötzlich wird sich daraus der Kampf zwischen Monarchisten und Republikanern entwickeln und der Sturz Grevy's kann leicht zum Sturz der Republik selbst ausschlagen. Die Zahl der Männer, über welche die Republik zu verfügen hat, ist erschöpft, auf ein Ministerium Ferry würde wieder ein Ministerium Freycinet folgen, ein Minister, dessen energielose Haltung während der egyptischen Verwicklung noch in frischem Andenken ist. Aber angenommen, es gelänge, Brisson an die Stelle Grevy's zu setzen, so wäre damit die Schwierigkeit, ein lebensfähiges Cabinet zu bilden, noch keineswegs gelöst; die Klippe, woran jedes neue Ministerium scheitern muß, ist das Kriegsministerium. Die Armee bedarf eines Oberhauptes und sie hat keins, denn der Kriegsminister ist nur das Organ des Präsidenten und der Präsident wird nicht als Oberhaupt der Armee anerkannt. Grevy befiehlt dem Commandanten des Invalidenhotels, bei der Ankunft des Königs von Spanien Salutschüsse abzugeben, er weigert sich und in Folge dessen wird ein Anderer mit der Ausführung beauftragt. Als der Präsident auf dem Bahnhofe erscheint, präsentiren die Truppen nicht einmal das Gewehr. Das klingt wie Kleinigkeiten und doch ist daraus das wahre Sachverhältniß zu erkennen. Auch Thibaudin's Bemühungen scheitern an diesen Schwierigkeiten, und sie werden stets aufs Neue sich geltend machen, wenn nicht entweder ein General Präsident der Republik wird oder die Monarchie wieder hergestellt wird. Unter Mac Mahon existirte dieser Zwiespalt nicht und daß er die Armee hinter sich hatte, verhalf ihm auf den Präsidentenstuhl.

Jetzt ist der Moment für die Orleanisten gekommen, zu zeigen, ob sie regierungsfähig sind oder nicht. Nie zuvor war die Sache der Republik so schwer compromittirt, wie gegenwärtig, es muß also bei diesem Anlaß sich entscheiden, ob noch genügende Elemente in der Bevölkerung sind, um die Sache der Orleanisten zu der ihrigen zu machen. Die Interpellation wegen der Vorgänge am 29. und 30. September wird sich ganz von selbst zu einer Debatte über die Cardinalfrage der Staatsform gestalten. Die Anklage der Monarchisten gegen die Republikaner lautet: Ihr habt euch unfähig gezeigt, die Würde Frankreichs zu wahren, es ist deshalb in der Ordnung, daß ihr uns Platz macht, die wir durch Tradition und Anhänglichkeit an die alten Institutionen Frankreichs den Beruf haben, die geschmälerte Ehre der Nation wieder herzustellen. Ihr habt eure Regierungsunfähigkeit in unzähligen Ministerien seit dreizehn Jahren bewiesen, es bleibt deshalb der französischen Nation nichts übrig, als zu der Monarchie als ihrer letzten Rettung zurückzugreifen. So werden die Anhänger des Grafen von Paris sprechen, und wer vermag zu sagen, ob sie damit durchdringen werden oder nicht?

Leipzig, 5. October 1883.

* Welche Bedeutung die Stärkung oder Schwächung der **nationalliberalen Partei** für das deutsche Nationalinteresse hat, kommt nunmehr, freilich etwas spät, aber wie wir hoffen wollen, nicht zu spät, auch den **conservativen Kreisen** mehr und mehr zum Bewußtsein und auch hier gelangt die Wahrheit zur Anerkennung, daß eine stetige und sichere Entwickelung der Gesetzgebung sich nur auf dem Wege der Vereinbarung und Vermittelung erzielen läßt. Auch die „**Provinzial-Correspondenz**" kommt in einem Artikel auf die Stichwahl im 19. hannoverschen Wahlkreise zurück und betont, daß der dortige Vorgang unter dem Gesichtspuncte der bleibenden Interessen des Vaterlandes betrachtet werden muß. Die Ausführungen des halbamtlichen Blattes enthalten mancherlei richtige und beherzigenswerthe Ansichten, und wir wünschen besonders, daß sie ihren Eindruck in den Kreisen gewisser reactionairer Beamten nicht verfehlen. Wir constatiren mit Genugthuung, daß das Blatt es als „in hohem Grade besorglich und betrüblich" bezeichnet, daß in einem Wahlkreise, der 16 Jahre lang zur nationalen Sache gestanden, der gesunde Sinn soweit zurückgedrängt werden konnte, daß der politische Radicalismus die Unterstützung von Parteien hat annehmen dürfen, deren Stellung zur nationalen Sache für Niemand ein Geheimniß ist. Wenn aber die „Provinzial-Correspondenz" versucht, uns selbst, die wir doch gewiß jederzeit und mit aller Kraft und Treue für unsere nationalen und gemäßigt liberalen Grundsätze eingetreten sind, wobei wir jedoch immer die Mittel einer überhasteten Agitation verschmäht haben, welche der Radicalismus von rechts und links so oft anzuwenden beliebt, für die Niederlage im Otterndorfer Wahlkreise verantwortlich zu machen, so weisen wir eine solche Beschuldigung mit Entschiedenheit zurück. Möge die „Provinzial-Correspondenz" doch lieber in ihren eigenen Busen greifen und sich erinnern, mit welcher maßlosen Heftigkeit sie uns oft bekämpft hat — Das hat mehr als vieles Andere dem Fortschritt die Wege geebnet; möge doch die „Provinzial-Correspondenz" sich bewußt sein, wie von ihr nahe stehender Seite gegen die Nationalliberalen agitirt wurde, und sie wird Momente genug finden, welche die jetzigen ihr so schmerzlichen Erfahrungen im Wahlkreise Otterndorf erklären. Wir behaupten geradezu, wenn die „Provinzial-Correspondenz" etwas früher sich ähnlich ausgesprochen hätte wie heute, wenn man den Mühen und der Aufopferung eines so hingebenden und selbstlosen Staatsmannes, wie es **Rudolf von Bennigsen** ist, nur ein klein wenig mehr **Gerechtigkeit**, wir sagen nicht einmal Anerkennung, hätte widerfahren lassen wollen — der Wahlkampf im 19. hannoverschen Wahlkreise wäre überhaupt überflüssig gewesen. Nicht mit Theorien, nicht mit starrer Betonung der liberalen oder conservativen Grundsätze läßt sich auf die Dauer das Staatswohl fördern, sondern nur in der jeweiligen Berücksichtigung bei gegenseitiger Achtung und Anerkennung der Principien, soweit sie nicht das Bestehen der Staatsordnung überhaupt in Frage stellen, ist die Ruhe und Sicherheit des Staates zu suchen. Darum wird die nationalliberale Partei auch immer mit derselben Heftigkeit von den Anhängern der Reaction wie von der Demokratie angegriffen; aber würde diese oder jene jemals zur ausschließlichen Herrschaft gelangen, für das deutsche Reich und die deutsche Nation wäre es gleich unheilvoll. Gerade diese junge Organisation bedarf der selbstbewußten Mäßigung. Wie wir mit Recht stolz sind darauf, daß unser großer Kanzler mit Erfolg und zum Heile von ganz Europa die Rolle des „ehrlichen Maklers" durchführt und die Chauvinisten von rechts und links abhält, auf einander zu schlagen und sich zu zerfleischen, so sucht auch die nationalliberale Partei keinen anderen Ruhm, als den die Gegensätze zu vermitteln und auszugleichen, sich keinen Thron zu errichten durch Vernichtung des Gegners. Alle politischen Richtungen wollen wir vielmehr nach Möglichkeit gewinnen und versöhnen zur gemeinsamen Mitarbeiterschaft für die Entwickelung des Reichs, weil wir bei allen voraussetzen die gleiche Liebe für das gemeinsame deutsche Vaterland. Ob man das mehr conservativ oder liberal nennt, das soll uns gleich sein! — Der Artikel scheint uns übrigens wichtig genug zu sein, um ihn unseren Lesern dem Wortlaute nach mitzutheilen. Derselbe lautet:

Innerhalb jeder politischen Partei machen sich zwei Richtungen geltend, eine, welche auf Verschärfung der Gegensätze hindrängt und die Grundsätze der Parteirichtung in möglichst helles Licht zu stellen bestrebt ist und eine andere, welcher Mäßigung und Verständigung mit den zwischen den Extremen vermittelnden Parteien die sicherste Gewähr für Durchführung der eigenen Grundsätze zu versprechen scheint. Von dem ersteren Standpuncte aus wird jeder gegen die Männer der Vermittelung geführte Schlag als Gewinn begrüßt, während die Anhänger des letzteren erfahrungsmäßig wissen, daß Einseitigkeiten und Uebertreibungen weder dem Ganzen, noch den Theilen zum Heil gereichen.

Je nachdem sie unter dem Einfluß einer dieser Richtungen stehen, haben die Organe der politischen Parteien die zu Gunsten der Fortschrittspartei ausgefallene Stichwahl im 19. hannoverschen Reichstagswahlbezirke betrachtet oder bedauernd begrüßt. Darüber hat unter den nüchternen und ernsthaften Männern der verschiedenen Richtungen allerdings eine gewisse Uebereinstimmung geherrscht, daß die von der Fortschrittspartei angewendeten Agitationsmittel „die Leidenschaften der niederen Classen im höchsten Grade aufgestachelt" und dabei ein Verfahren beobachtet haben, dem „eine Partei, die den sittlichen Boden gesetzlicher Staatsordnung nicht verlassen will, nichts entgegenzusetzen hat". Wer diesen Vorgang unter dem Gesichtspunct der bleibenden Interessen des Vaterlandes betrachtet und den für dieselben maßgebend gewesenen Verhältnissen die gebotene Aufmerksamkeit zuwendet, wird indessen die Ueberzeugung gewinnen, daß die herkömmlichen Gesichtspuncte für die Beurtheilung von Wahlergebnissen vorliegendenfalls nicht ausreichen und daß es sich in demselben um mehr als eine Entscheidung für oder wider den Nationalliberalismus gehandelt hat.

Länger als ein Jahrzehnt ist der 19. hannoversche Reichstagswahlbezirk durch einen Politiker vertreten gewesen, der seit dem Beginn seiner öffentlichen Laufbahn das deutsche Nationalinteresse in die erste Reihe gestellt und in der Zusammenfassung aller auf dem Boden desselben stehenden Elemente die Hauptbedingung für eine ersprießliche Entwickelung der deutschen Sache gesehen hat. Daraus erklärte sich nicht nur, daß Herr von Bennigsen die gemäßigtste Schattirung des Liberalismus vertrat, sondern zugleich, daß er von zahlreichen Wählern, die seine besonderen Anschauungen über die inneren politischen Fragen nicht theilten, unterstützt wurde. Danach hatten die oppositionellen Parteien sich eingerichtet. Als eine Neuwahl für den bisher von Herrn von Bennigsen vertretenen Wahlkreis in Frage kam, wurde durch die Aufstellung eines fortschrittlichen Candidaten einerseits die Zusammenfassung aller der nationalen Sache ergebenen Kräfte verhindert, andererseits für die Anmeldung particularistischer und socialdemokratischer Candidaturen Raum geschaffen. Diese Zersplitterung hat ihre Früchte getragen. Nachdem die Stichwahl nothwendig geworden war, sind die bei dem ersten Wahlgange zu Gunsten particularistischer und socialdemokratischer Candidatur abgegebenen Stimmen der Fortschrittspartei zur Verfügung gestellt worden, welche die Führung der Gesammt-Opposition übernommen und ihre Agitation so eingerichtet hatte, daß dieselbe den neu gewonnenen Bundesgenossen die nöthige Rechnung trug. — Vergeblich hat man die Sache so darzustellen versucht, als ob der von Herrn von Bennigsen empfohlene Bewerber conservativen oder agrarischen Wünschen zu weitgehende Zugeständnisse gemacht und als ob der Mangel an liberaler Entschiedenheit den Mißerfolg des Herrn Hoffendorf verschuldet hätte! Darum hat es sich weder für die welfischen Unversöhnlichkeiten, noch für die Socialdemokraten gehandelt; die ersteren huldigen vielfach ausgesprochenen agrarischen Anschauungen, und die letzteren wissen sehr wohl, daß für socialpolitische Reformen gerade von den Vertretern des „vorgeschrittenen" Liberalismus nicht das Geringste zu erwarten ist. Den Ausschlag gab für das Verhalten beider genannten Richtungen der Wunsch, die Reihen der systematischen Opposition verstärkt, der Sache des Reichskanzlers Steine in den Weg geworfen zu sehen, und in dieser Rücksicht glaubte man sich auf die Fortschrittspartei verlassen zu dürfen.

Mag immerhin wahr sein, daß dieser Vorgang zu heilsamer Klärung der Gegensätze und Anschauungen beitragen wird, — es erscheint in hohem Grade besorglich und betrüblich, daß in einem Wahlkreise, der 16 Jahre lang zur nationalen Sache gestanden, der gesunde Sinn so weit zurückgedrängt werden konnte, daß der politische Radicalismus die Unterstützung von Parteien hat annehmen dürfen, deren Stellung zur nationalen Sache für Niemand ein Geheimniß ist. Die gemachte Erfahrung wird liberalen wie conservativen Politikern, die für den Ernst der Lage und für die der Reichssache in Gegenwart und Zukunft drohenden Gefahren ein Verständniß haben, nachdrücklich zur Lehre zu dienen haben. Vor Allem werden die Nationalliberalen sich zu fragen haben, ob sie eine gewisse Mitschuld an der Ideenverwirrung in Abrede stellen können, deren Früchte sie vor sich sehen. Daß die Fortschrittspartei in dem Wahlkreise Otterndorf offene Thüren und für ihre Angriffe gegen das Programm des Herrn Hoffendorf offene Ohren gefunden hat, wird wenigstens zum Theil darauf zurückzuführen sein, daß die Nationalliberalen bei mehr wie einer Gelegenheit dem Glauben an das „Gemeinsame" der liberalen Partei Vorschub geleistet und daß sie diese Formel noch vor Jahresfrist zu der ihrigen gemacht haben.

---

* Ueber die **Niederwaldfeier** schreibt die „Provinzial-Correspondenz": „Der **Verlauf der Feier am 28. September** hat den freudigen Erwartungen entsprochen, die im ganzen Vaterlande von diesem Fest lange vorher gehegt wurden. Die Berichte, die wir nur zum kleinen Theil in diesem Blatt folgen lassen können, geben das erhebende Bild einer Reihe unvergleichlicher Momente. Deutschland hat seinen Kaiser nie so gesehen, als an diesem Tage, wo alle großen Erinnerungen gleich hehren Geistern das ehrwürdige Haupt umschwebten, als in dem Augenblick, wo er, an der Brüstung des Denkmals stehend, im ganzen Rheinthal den versammelten Tausenden sichtbar wurde, in dem Glorienschein dieses Tages und in der ganzen Ehrwürdigkeit seiner Erscheinung. Vor fünfzig Jahren sprach einer der edelsten Redner der evangelischen Kirche bei einer Denkmalsweihe das Wort: „Nicht allein große Begebenheiten braucht es, den Menschen zu erziehen für seine große Bestimmung. Auch große Malzeichen thun Noth, an welchen wir ausruhen von großen Geschicken und für größere Reisen." Möge es mit dem Zeichen so sein, das auf dem Niederwald am 28. September zur Freude von ganz Deutschland durch eine unvergeßliche Feier geweiht worden. Aber von dem Anblick eines solchen Festes sollten wir uns nicht trennen, ohne in das tägliche Leben seine Frucht mitzubringen. Von diesem Leben ist ja Kampf der Meinungen und des Wirkens unzertrennlich. Aber dieser Kampf ist nur dann nicht zerrüttend, wenn die Kämpfenden nicht vergessen, welch großes Besitzthum sie gemeinsam zu hüten und zu entwickeln haben, dessen Lebensfähigkeit durch den Kampf nicht angetastet werden darf. Wie groß der Besitz des deutschen Volkes an kostbaren Werthen äußerer Art, an heiligen Gütern innerer Art geblieben und geworden ist, hat die Feier des 28. September hoffentlich überall im Vaterlande wieder zum lebendigen Bewußtsein gebracht. Möge dieses Bewußtsein nun auch seine versöhnende und erhebende Wirkung allenthalben äußern."

* Es ist vor Kurzem in Aussicht gestellt worden, daß der **Bundesrath** sich in nächster Zeit mit einem **Gesetzentwurf über die Entschädigung unschuldig Verurtheilter** zu beschäftigen haben werde. Die Anregung soll von bayerischer Seite ausgegangen sein und dies ist um so glaubhafter, als an den Berathungen, welche der Reichstag bezw. die Commission desselben über diesen Gegenstand in der vorletzten Session abgehalten, die bayerische Regierung durch ihren Vertreter, den Ministerialrath von Kastner, mit ganz besonderem Interesse theilnahm. Auch der Vertreter des Reichsjustizamts nahm damals durchaus keine principiell ablehnende Haltung ein, bestand aber mit Entschiedenheit darauf, daß die Entschädigung auf die unschuldig erlittene Strafhaft beschränkt werde, und wünschte ferner, daß sie aus der Reichscasse, nicht aus den Staatscassen, gewährt würde, sowie daß das Reichsgericht über das Vorhandensein einer Entschädigungspflicht und der Reichskanzler über die Höhe des Betrages zu befinden habe. Was die competente Stelle für die Entscheidung über das Vorhandensein und die Höhe der Entschädigungspflicht betrifft, so ist darüber wohl das letzte Wort noch nicht gesprochen. Das aber wird man von vornherein als feststehend betrachten müssen, daß der Bundesrath eine Gewährung der Forderung nur in der Beschränkung auf die Strafhaft, nicht in der Ausdehnung auf die Untersuchungshaft im Auge hat bezw. zugestehen wird. Und man wird sich damit auch bis auf Weiteres begnügen können. Auch die Reichstagscommission, welche in einem sehr gründlichen und wissenschaftlich werthvollen Bericht die Frage aufs Eingehendste nach allen Richtungen erörterte, war der Ansicht, es sei zweckmäßig, die Entschädigung zunächst auf unschuldig erlittene Strafhaft zu beschränken, weil hier die Verhältnisse viel einfacher liegen, fast allgemeine Uebereinstimmung über die Gerechtigkeit des Entschädigungsanspruchs herrscht und die Durchführung des Princips hier nur geringen Schwierigkeiten und Bedenken unterliegt. Man kann darum doch die Berechtigung des Entschädigungsanspruchs auch bei der Untersuchungshaft bereitwillig anerkennen. Das hat auch die Commission gethan und in einem von ihr beschlossenen selbstständigen Gesetzentwurf sowohl für die Untersuchungs- als für die Strafhaft die Bedingungen für die Entschädigung formulirt. Gleichwohl aber glaubte die Commission bei der Neuheit des Gegenstandes und den mangelnden Erfahrungen vorerst ein schrittweises Vorgehen empfehlen zu sollen. Man wird sich sonach damit einverstanden erklären können, wenn die Angelegenheit zunächst nur in diesem beschränkten Umfange in Angriff genommen wird. Hoffentlich bestätigen sich die Nachrichten von einer ernstlichen Initiative des Bundesrathes in dieser Frage. Die zu Ende gehende Legislaturperiode ist an positiven Ergebnissen erfreulicher Art nicht allzu reich; möchte wenigstens in der in Rede stehenden Frage ein günstiges Resultat zu verzeichnen sein.

* Das **Bündniß zwischen dem Centrum und den Conservativen** scheint einen bedeutenden Riß bekommen zu haben, wenigstens deuten verschiedene Umstände darauf hin. Die „Germania" und die „Kreuzzeitung" bekämpfen sich seit einiger Zeit in ziemlich scharfem Tone, und unsere Ansicht, daß es den Ultramontanen durchaus nicht angenehm ist, daß ein, wenn auch nur theilweiser Friede über ihre Köpfe hinweg zwischen dem Vatican und der preußischen Regierung abgeschlossen worden ist, findet volle Bestätigung. Interessant ist auch der heftige Ton, welchen der Hofprediger **Stöcker**, welcher in der letzten ordentlichen Parlamentssession so sehr eifrig für die Verbrüderung zwischen dem Centrum und der conservativen Partei eintrat, neuerdings gegen das erstere anzuschlagen für gut findet. Nachdem er dies wiederholt in den christlich-socialen Versammlungen gethan, hat er wieder eine besondere Gelegenheit dazu benutzt, nämlich den Vereinstag der Freunde der positiven Union, welcher seit Mittwoch in **Berlin** tagt. — Die Rosenkranz-Encyklika des Papstes, sagte Herr Stöcker, muthe den Katholiken Dinge zu, die sich mit dem Anspruch der wahren Bildung und Freiheit nicht vereinigen lassen. Nun, schärfer kann sich auch ein liberaler Mann nicht ausdrücken. Wir freuen uns aufrichtig, daß auch Leute wie Herr Stöcker durch die Macht der Thatsachen von der Unhaltbarkeit eines Bündnisses mit den Clericalen überzeugt werden.

* In einer im **katholischen Verein zu Düsseldorf** dieser Tage gehaltenen Rede meinte **Herr Windthorst**, wir würden vielleicht eher an die **Wahlurne** gerufen, als wir es dächten, darum müsse man immer auf dem Posten sein. Ob Herr Windthorst bei diesen Worten wohl an die Eventualität eines Scheiterns des Socialistengesetzes und eine daraus entspringende Reichstagsauflösung gedacht hat? Das Centrum hat bekanntlich wie viele andere, so auch diese Entscheidung in der Hand.

* Die „**Provinzial-Correspondenz**" bringt über „die Ausführung des kirchenpolitischen Gesetzes